nahme den Verkäufer ausdrücklich fragt, ob die Sohlen auch aus echtem Leder bestehen. Sollte dies nicht der Fall sein, so wird sich der Schuhhändler, nachdem jetzt die Oeffentlichkeit und auch die Polizei aufmerksam geworden ist, hüten, derartige Pappschuhe zu verkaufen. Wenn er dies wissentlich und gegen den ausdrücklichen Willen des Käufers tut, so macht er sich doppelt strafbar. Die Herstellung der Pappschuhe geschieht durch gewissenlose Fabrikanten, die die augenblickliche Notlage auf dem Ledermarkte ausbeuten wollen, indem sie derartigen Schund, den sie sich auch noch teuer bezahlen lassen, in den Handel bringen. Aber auch die Schuhhändler haften für den Betrug; es wird vermutet, daß sich die Geschäfte zu Ausverkaufszwecken usw. eigens solche Schleuderware haben kommen lassen."

Von den Aktien-Schuhfabriken.

Die Schuh- und Schäftefabrik Manz A.-G. in Bamberg erzielte im Jahre 1915 einen Reingewinn von 94 795,53 Mk., mit dem Vortrag 12 920,57 Mk. aus dem Vorjahr zusammen 107 716,10 Mk., von denen die Aktionäre 40 000 Mk. als Dividende von 8 Prozent erhalten. Der Vorstand bekommt 7733,40 Mk., der Aufsichtsrat 3155,60 Mk. und auch die Arbeiter wurden mit 2000 Mk. für „Altersversorgung" bedacht. 13 586,32 Mk. werden wieder auf neue Rechnung vorgetragen, während 35 000 Mk. für die Kriegsgewinnsteuer zurückgestellt wurden. Der Bruttogewinn beträgt 286 010,18 Mk., wovon 34 964,20 Mk. zu Abschreibungen verwendet wurden. Im Geschäftsbericht wird dazu bemerkt: „Das abgelaufene Geschäftsjahr gestaltete sich infolge Mangels an geübten Arbeitskräften schwierig. Trotzdem vermochten wir den Umsatz in der Schuhabteilung, in den ersten Monaten hauptsächlich mit Heereslieferungen beschäftigt war, zu halten. Dagegen ist der Umsatz der Schäfteabteilung infolge des Mangels an Handarbeitern und der teueren Lederpreise rapid gesunken. Für die nächsten Monate sind wir zu lohnenden Preisen gut beschäftigt und hoffen den allerdings eingeschränkten Betrieb trotz vieler in Aussicht stehender Schwierigkeiten auch in diesem Jahr lohnend zu gestalten."

Das Kriegsjahr 1915 war für das Bamberger Unternehmen sehr günstig.

Eine neue Aktien-Schuhfabrik ist mit der Umwandlung der Firma Sigle & Co. in Kornwestheim entstanden. Die Firma selbst sagt hierüber in einer Veröffentlichung: „Das Aktienkapital beträgt 10 500 000 Mk., wovon die Vorbesitzer 10 000 000 Mk. und Herr Sem Levi in Berlin 500 000 Mk. übernommen haben.

Die Vorbesitzer widmen der Aktien-Gesellschaft in bisheriger Weise ihre Tätigkeit; die Herren Jakob Sigle und Max Levi treten in den Aufsichtsrat; weitere Mitglieder desselben sind die Herren Oberfinanzrat Klett in Stuttgart, Sem Levi, Direktor in Berlin, Theodor Liesching, Rechtsanwalt in Tübingen, Ludwig Naff, Bankier in Stuttgart. Die Herren Isidor Rothschild und Ernst Sigle bilden den Vorstand."

Die neue Gesellschaft wird also mit einem Aktienkapital von 10½ Millionen Mark gegründet, womit sie als die finanziell kräftigste sofort an die Spitze der deutschen Aktien-Schuhfabriken tritt. Die Gründungsbilanz zeigt in Aktiva und Passiva 12 066 813,10 Mk. Bekanntlich steht die Salamander-Gesellschaft in engstem Verhältnis zu der Kornwestheimer Firma, sie ist gewissermaßen ihre „Tochtergesellschaft." Und diese hat nun ebenfalls ihr Aktienkapital um 100 000 Mk. auf 1 Million Mark erhöht. Zur Kornwestheimer Firma soll auch die Lederfabrik Sichler & Co. in Zuffenhausen gehören.

Ein außerordentlich glänzendes Geschäft machte im Kriegsjahr 1915 die Ungarische Aktien-Schuhfabrik „Hungaria" in Nagyvarad, die bei einem Aktienkapital von 360 000 Kr. einen Reingewinn von 235 997,94 Kr., also 65 Prozent des Aktienkapitals erzielte. Außer diesem Reingewinn wurden aber nicht weniger als 349 945,61 Kr. zu Abschreibungen verwandt, also nahezu in der Höhe des Aktienkapitals. Der Reingewinn wird so verteilt: 54 000 Kr. als Dividende von 15 Prozent an die Aktionäre, 23 599,79 Kr. als 10 Prozent Tantieme an die Direktion, 4 719,96 Kr. gleich 2 Prozent an den Aufsichtsrat, 30 000 Kr. für den Fonds der Beamten- und Arbeiterbeihilfe, 2000 Kr. für Wohltätigkeitszwecke, 70 000 Kr. für einen besonderen Reservefonds und 11 678,19 Kr. Uebertrag auf das Jahr 1916. Da nach der bezüglichen Verordnung des Finanzministers nur eine Dividende von höchstens 6 Prozent verteilt werden darf, wird die Summe der übrigen 9 Prozent für die Aktionäre in Reserve gestellt, die sie dann nach dem Kriege ausbezahlt erhalten.

Für Arbeitslöhne wurden 227 345,89 Kr. ausgegeben, 9000 Kr. weniger als der Reingewinn des Kapitals beträgt. Nach unserem Budapester Bruderblatt „Cipesz" beträgt in der Aktien-Gesellschaft „Hungaria" der wöchentliche Durchschnittslohn eines Arbeiters 17,48 Kr., der Jahreslohn 909 Kr. gegenüber 2340 Kr., die jeder Arbeiter im Durchschnitt an den gesamten Gewinn beigesteuert hat, mehr als das 2½fache. Das nennt man „Teilen", teilen die Früchte der Arbeit durch das Kapital, wobei es den Löwenanteil einsteckt und die Arbeit mit einem Linsengericht abspeist. Da die Fabrik auch erhebliche Aufträge von Militärschuhen auszuführen hatte, hat sie gleichermaßen Staat und Volk reichlich an ihre glänzenden Goldgewinne beitragen lassen.

Die Arbeiter benutzten die Gelegenheit und forderten eine 20prozent. Lohnerhöhung sowie Lohnzuschläge für Ueberstunden und Sonntagsarbeit, die in anderen Fabriken mit 50 bis 100 Prozent gewährt werden. In der bezüglichen Eingabe wird auch angeführt, daß in der „Hungaria"-Schuhfabrik während der ganzen Kriegszeit nur einzelne Arbeiter Lohnaufbesserungen erhielten, die meisten aber leer ausgingen, während in anderen Schuhfabriken und von den Schuhmachermeistern Teuerungszulagen von 20 bis 25 Prozent bewilligt wurden und außerdem die erwähnten Lohnzuschläge für Ueberstunden und Sonntagsarbeit.

Vorgeschichte der Fraktionsspaltung.

Von G. Ledebour.

Gegenüber der vielfach irreführenden Erklärung des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages zu den Vorgängen am 24. März sind folgende Richtigstellungen geboten:

Die Entrechtung der Minderheit und damit deren tatsächlicher Ausschluß aus der Fraktion wird begründet mit dem selbständigen Vorgehen der Minderheit bei der Beratung des Etatnotgesetzes. Als besonders erschwerend wird angeführt, daß die Minderheit von ihrer Absicht, den Genossen Haase als Redner zur Begründung der Ablehnung vorzuschicken, in der Fraktionssitzung keine Mitteilung gemacht habe. Das wird als „Treubruch" ausgelegt.

Unser Verhalten war aber nur eine Abwehrmaßregel gegen die seit geraumer Zeit betriebenen Entrechtungsbemühungen der Mehrheit. Hätten wir nicht so gehandelt, so wäre es uns wahrscheinlich unmöglich gemacht worden, die auf grundsätzliche Erwägungen beruhende Ablehnung des Etatnotgesetzes in öffentlicher Reichstagssitzung zu begründen. Es war ferner eine logische Folgerung unseres Verhaltens am 21. Dezember 1915, als wir die angeforderten Kriegskredite ablehnten und diese Ablehnung im Reichstag mit einer Erklärung begründeten.

Früher war es in unserer Reichstagsfraktion üblich, bei Meinungsverschiedenheiten auch der Minderheit die Vertretung ihrer Ansichten im Plenum zu ermöglichen. Seit Kriegsbeginn hat die gegenwärtige Mehrheit der Minderheit dieses Recht wiederholt verweigert. Ein solcher allgemeiner Verweigerungsbeschluß wurde ausdrücklich vor dem 21. Dezember gefaßt. Wir gaben damals sofort in der Fraktion die Erklärung ab, daß dieser Beschluß für uns nicht bindend sei. Das war eine Rechtsverwahrung ein für allemal. Wir haben das Recht, unsere Ansicht jederzeit nach unserem eignen freien Ermessen im Reichstag auszusprechen, dann sofort ausgeübt am 21. Dezember. Ein beanspruchtes und ausgeübtes Recht bei jeder neuen Gelegenheit abermals ausdrücklich zu fordern, oder auch nur dessen bevorstehende Ausübung anzukündigen, dafür lag uns keinerlei Veranlassung vor. Kein Mitglied der Mehrheit konnte darüber im Zweifel sein, daß wir gegebenenfalls wieder ebenso handeln würden wie am 21. Dezember.

Als nun gar bei Beginn dieses Sitzungsabschnitts unser Antrag abgelehnt wurde, für die Debate mit dem Reichskanzler den Genossen Haase gleichfalls als Redner vorzusehen, war es einfach selbstverständlich für uns, daß wir nun erst recht Haase bei passender Gelegenheit als Redner vorschickten, ohne erst eine völlige überflüssige Debatte über dieses unser gutes Recht in der Fraktionssitzung herbeizuführen.

Unrichtig ist auch, wenn behauptet wird, wir hätten zugegeben, daß vor der Reichskanzlerrede überhaupt keine politischen Erörterungen im Reichstage hätten stattfinden dürfen. Als so etwas in der Fraktionssitzung vom 24. März nach den Standalszenen im Reichstag von dem Vorsitzenden vorgebracht wurde, habe ich dem sofort durch einen Zwischenruf widersprochen. Wenn ich nicht zur Widerlegung ausdrücklich das Wort ergriffen habe, so geschah es, weil meine Freunde und ich nach den Erfahrungen in der vorangegangenen Plenarsitzung beschlossen hatten, mit den Mehrheitsvertretern überhaupt nicht mehr zu debattieren. Es hat dem auch in dieser Sitzung von unserer Seite nur Genosse Stolle die gemeinsame Erklärung verlesen und Genosse Haase hat in einer Geschäftsordnungsbemerkung eine gegen ihn in Umlauf gesetzte Verleumdung zurückgewiesen.

Völlig unrichtig ist auch die Behauptung, daß beschlossen sei, der Verabschiedung des Etatnotgesetzes „keinerlei Hindernisse" zu bereiten. Es handelte sich dabei nur um den Beschluß, der Vornahme der zweiten und dritten Lesung eventuell nicht zu widersprechen. Ich selber machte dabei den Vorbehalt: „Wenn sich nichts besonderes ereignet." Wir hatten dabei gerade die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß man versuchen würde, unserem Redner das Wort abzuschneiden. Dann hätten wir unsern Widerspruch geltend gemacht gegen die Vornahme der dritten Lesung am nämlichen Tage, um auf diese Weise uns die Gelegenheit einer Rede zu erzwingen. Es ist übrigens eine merkwürdige Auffassung für einen Parlamentarier, wenn er eine Rede zu einem Gesetz als eine Hindernisbereitung auslegt. Ein solches „Hindernis" hat denn auch der Staatssekretär Helfferich dem Etatnotgesetz bereitet, durch eine wenn auch kurze so doch völlig politische Rede. Auch eine sozialdemokratische Rede bei dieser Gelegenheit zu halten, war weder ein Hindernis, noch ein „Treubruch", sondern eine durch die Umstände gebotene Pflicht.

Die verspätet ausgehändigten Papiere.

Ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem plötzlich aufhörenden Arbeiter sofort die Papiere auszuhändigen? Diese Frage unterlag kürzlich der Entscheidung eines Gewerbegerichts. Neun Schneiderinnen, die in einer Firma mit Militärarbeiten beschäftigt waren, klagten auf Ersatz des ihnen durch verspätete Aushändigung der Papiere entgangenen Arbeitslohnes. Die Klägerinnen hatten um 7 Uhr abends plötzlich die Arbeit niedergelegt, weil sie nicht eine unbezahlte Ueberstunde machen wollten. Die von ihnen sofort verlangten Papiere sollten sie erst am Mittag des nächsten Tages abholen. Dadurch war es ihnen unmöglich, am nächsten Tage schon andere Arbeit zu erhalten. Sie verlangten nun Ersatz des Lohnes für einen Arbeitstag. Der Arbeitgeber wandte ein, es sei ihm in der späten Abendstunde unmöglich gewesen, die Arbeitspapiere fertig zu machen, weil er auf die plötzliche Arbeitsniederlegung nicht vorbereitet gewesen sei. Der Vorsitzende äußerte sich zu der grundsätzlichen Streitfrage dahin: An sich kann man es wohl für wünschenswert halten, daß der Inhaber eines großen Betriebes so viel Vorrat an Marken hat, daß er jederzeit die Bücher zurecht machen kann; aber eine rechtliche Verpflichtung können wir nach dieser Richtung hin nicht anerkennen. Wer in der letzten Minute des Arbeitstages geht, muß es sich gefallen lassen, daß die Herausgabe der Papiere zu einer angemessenen Zeit am anderen Tage erfolgt. Im vorliegenden Falle war das Gericht der Meinung, daß die Papiere schon am Morgen des nächsten Tages, nicht erst am Mittag hätten herausgegeben werden müssen. Der beklagte Arbeitgeber zahlte im Vergleichswege den Lohn für einen halben Arbeitstag.

Bergwerksgewinne.

Die Gewinne der Bergwerksbesitzer steigen von Vierteljahr zu Vierteljahr. Nach Erhöhung der Kokspreise am 1. März werden die Ueberschüsse noch reichlicher fließen.

Die Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerkes Ver. Helene und Amalie in Essen-Borbeck hatte im Jahre 1915 einen Betriebsüberschuß von 1 237 393 Mk., sie verteilte eine Ausbeute von 1000 Mk. pro Kux gegen 900 Mk. im Jahre 1914. Die Gewerkschaft Friedrich der Große in Herne erzielte im letzten Vierteljahr 1915 einen Betriebsüberschuß von 645 464 Mk. gegen 601 109 Mk. im Vorvierteljahr. Es wurde eine Ausbeute von 298 500 Mk. ausgeschüttet. Die Essener Steinkohlenbergwerke A.-G. wird für 1915 voraussichtlich eine Dividende von 10 Prozent verteilen. Das Steinkohlenbergwerk Lothringen in Gerthe erzielte einen Betriebsüberschuß von 1 484 975 Mk., gegen 900 173 Mk. im Vorvierteljahr. Die Gewerkschaft König Ludwig in Recklinghausen hate für das letzte Vierteljahr einen Betriebsgewinn von 1 592 559 Mk. gegen 608 833 Mk. im dritten Quartal. Es wurde eine Ausbeute von 400 Mk. für den Kux verteilt gegen 250 Mk. im Vorquartal. Gewerkschaften Trier 1 bis 3 in Hamm erzielten einen Rohgewinn von 1 600 000 Mark im Jahre 1915 gegen 1 404 481 Mk. im Vorjahre. Die Gewerkschaft Zeche Freie Vogel und Unverhofft in Gerthe hatte einen Betriesüberschuß im letzten Vierteljahr 1915 von 254 456 Mk. gegen 185 944 Mk. im dritten Quartal desselben Jahres. Die Gewerkschaft Ewald in Herten halte im vierten Vierteljahr einen Ueberschuß von 1 835 507 Mk. gegen 1 381 253 Mk. Die Ausbeute betrug 400 Mk. pro Kux. Die Gewerkschaft Konstantin der Große hatte im vierten Quartal 1915 einen Ueberschuß von 1 659 143 Mk. Die verteilte Ausbeute betrug 2500 Mk. pro Kux gegen 2250 Mk. im Jahre 1914. Die Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Carolus Magnus in Essen-Bergeborbeck erzielte im Monat Dezember einen Betriebsüberschuß von 33 481 Mk., wovon 3481 Mk. abgeschrieben wurden und 30 000 Mk. als Ausbeute verteilt worden sind.

Diese Ausführungen über die Gewinnüberschüsse der einzelnen Zechen könnten noch sehr lange fortgesetzt werden. Man sieht aus diesen Gewinnziffern, daß die Göttin Fortuna auch im Jahre 1915 ihr Füllhorn reichlich über die Aktienbesitzer ausgeschüttet hat. Wie mögen erst die Gewinne jener Herren aussehen, die Familienzechen besitzen, die daher ihre Betriesergebnisse nicht veröffentlichen. Hat doch der Thyssen-Konzern im Jahre 1915 die Erhöhung seines Aktienkapitals von 1 000 000 Mk. auf 15 000 000 Mk. hinaufgesetzt. Zu diesem Konzern gehört die Gewerkschaft Deutscher Kaiser, die ungefähr 18 000 Arbeiter beschäftigt, und das Stahlwerk Thyssen in Hagendingen. Auch ist dieser Konzern stark an der Aktiengesellschaft für Hüttenbetrieb in Duisburg-Meiderich und an der Oberbilker Stahlwerk-Aktiengesellschaft beteiligt. Doch nicht allein in Kohle und Eisen macht die Firma Thyssen gute Geschäfte, sondern, wie eine Notiz besagt, die unlängst die Runde durch die Zeitungen machte, wurde in einer Schneiderversammlung in Berlin darauf hingewiesen, daß der Eisen- und Großindustrielle Thyssen von der Militärbehörde einen Lieferungsvertrag über 20 000 Drillichanzüge erhielt. Die Firma gab diesen Auftrag weiter und soll an jedem Anzug 3 Mk., also bei diesem Geschäftchen allein 60 000 Mk. verdient haben.

Für unsere weiblichen Mitglieder.

Staatsbürgerrechte für die Frau.

k. r. Wie alles in der Welt, so ist auch die Stellung der Frau im bürgerlichen, sozialen und gesellschaftlichen Leben steten Aenderungen unterworfen, wenn auch die Zeiträume, innerhalb denen sich solche Wandlungn vollziehen, recht langgespannte sind. Die letzten Jahrhunderte, in denen das Handwerk und das kleinbürgerliche Leben vorherrschte, führten zu großer Abhängigkeit und Rechtlosigkeit der Frau in Familie, Staat und Gemeinde. Erst die neuere Zeit, die mit der Einführung der großzügigen kapitalistischen Gütererzeugung eine Umwälzung unseres Wirtschaftslebens brachte, förderte die Selbständigkeit und Gleichberechtigung der Frau. Hat auch diese Steigung erst in wenigen Gesetzen wie dem Bürgerlichen Gesetzbuch, den Versicherungsgesetzen usw. einen schüchternen Ausdruck gefunden, so ist doch ihr Vorhandensein nicht zu leugnen.

Es ist selbstverständlich, daß auch hier der Krieg mit seinen tiefeinschneidenden Wirkungen auf allen Gebieten des menschlichen Lebens seinen Einfluß nicht verfehlen wird. Er führt unzweifelhaft zu einer größeren Verantwortlichkeit und Selbständigkeit der Frau. Der Krieg nimmt Millionen Männer aus ihrer Position im gesellschaftlichen Leben und setzt an ihre Stelle die Frau. Der Krieg verlangt von diesen an die Stelle der Männer gesetzten Frauen die gleiche Umsicht, die gleiche Energie und das gleiche Vollbringen. Und die Frau zeigt im großen Ganzen, daß sie den Anforderungen gewachsen ist, daß sie nicht nachsteht.

Es sei zunächst auf das Erwerbsleben verwiesen. Kein Zweig beruflicher Betätigung, in dem nicht die Frau Einzug gehalten hat. Der weibliche Schmiedegeselle, der weibliche Nachtwächter, der weibliche Postillion, der weibliche Postsekretär, der weibliche Schaffner usw., um von den gelehrten Berufen ganz zu schweigen, ist keine Seltenheit mehr. Nach den im Reichsarbeitsblatt erscheinenden Berichten über die Mitgliederbewegung der Krankenkassen ist gegenwärtig die Zahl der beruflich in abhängiger Stellung tätigen weiblichen Personen fast genau so groß wie die der männlichen. Allein im Bergbau und im Hüttenwesen waren im Januar 1916 bei nur 45 Betrieben 14 500 Frauen mehr beschäftigt als zu der gleichen Zeit des Vorjahres, wie im Reichsarbeitsblatt 1916, S. 109 nachzulesen ist.

Aber auch die Erledigung andrer Geschäfte, die sonst zu den Vorrechten des Mannes gehören, muß die Frau vornehmen. In der Familie bildet sie das Oberhaupt; sie hat diese während der Behinderung des Mannes „nach außen und nach innen zu vertreten", wie die Juristen sagen. Sie besorgt alle Einkäufe, regelt die Wohnungsfrage, und vertritt, wenn es sein muß, in etwaigen Prozessen den Mann vor Gericht. Ihre Aufgaben innerhalb der Familie selbst sind erweitert worden; es liegt ihr allein ob, die Kinder zu erziehen und den ganzen Hausstand in Ordnung zu halten, ihre ganzen Unterstützungsansprüche wahrzunehmen usw.

Unternimmt die Frau dies alles auch zunächst mit einer gewissen Schüchternheit und vielleicht Umständlichkeit, so zeigt sie doch bald, daß es geht, daß alles sogar sehr gut geht, daß sie sich bald in alles findet und im allgemeinen die Befähigung zur Erledigung dieser Aufgaben besitzt. Wenn aber das erwiesen wird und ein Mensch zufriedenstellend erhöhte Obliegenheiten und Pflichten erfüllt, so muß man ihm dafür auch entsprechend höhere Rechte einräumen. In diesem Zusammenhang muß der Krieg zu einem Sprungbrett für die Gleichberechtigung der Frau werden. Die in der Kriegszeit gesammelte Erfahrung muß dazu führen, die beschämende Zurücksetzung, die die Frau in so mannigfaltiger Hinsicht noch im öffentlichen Leben erfährt, zu beseitigen.

Nie oder selten werden aber erweiterte Rechte freiwillig gewährt. Immer müssen sie erst von den Zurückgesetzten erkämpft werden. Ist doch der Krieg selbst ein lehrreiches Beispiel dafür. Auch die Frau muß sich ihren Platz und ihr Recht in der Gesellschaft erst erkämpfen. Die aus den Kriegsmannsleistungen der Frau in ihrer eigenen Art entspringenden Rechte wird die Frau nur erhalten, wenn sie sich darum bemüht und sie mit dem nötigen Nachdruck verlangt. Die Frau kann das nicht besser tun, als durch ihren Anschluß in die Arbeiterbewegung, insbesondere an die Sozialdemokratie. Diese Partei ist die einzige, welche die volle Gleichberechtigung der Frau nicht nur in ihr Programm aufgenommen hat, sondern auch stets tatkräftig dafür wirkt.

Will die Frau ihrem Aufstieg im sozialen Leben, will sie sich öffentliche Anerkennung und Rechte verschaffen, so bleibt ihr nichts übrig, als sich dieser Partei anzuschließen und im Verein mit Frauen und Männern ihrer Klasse gemeinsam um ihre Staatsbürgerrechte zu kämpfen.

Verbunter Kampf führt sicher zum Ziel.

Petition betr. Arbeiterinnen- und Jugendschutz.

Für die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands ist von der Genossin Luise Zietz und für das Arbeiterinnen-Sekretariat Genossin Gertrud Hanna nachstehende Petition an den Reichstag gerichtet worden:

Die Unterzeichneten richten an den Reichstag die dringende Bitte:

1. Um Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914, nach welchem der Reichskanzler für die Dauer des Krieges die Vorschriften der Gewerbeordnung über den Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderschutz außer Kraft setzen kann.

2. Um Einführung des Achtstundentages für Frauen, mindestens für die in der Schwerindustrie (Großeisenindustrie, Bergbau, Erdarbeiten, Müllabfuhr u. a. m.) beschäftigten weiblichen Personen.

Begründung.

Die Aufhebung der Vorschriften der Gewerbeordnung über den Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderschutz durch das Notgesetz vom 4. August 1914, erregte von vornherein Bedenken, die man aber zurückstellte, weil allgemein mit einer kurzen Dauer des Krieges gerechnet wurde und deshalb gesundheitliche und sittliche Gefahren für die Arbeitenden bei einer bloß vorübergehenden Beseitigung der Schutzbestimmungen nicht zu erwarten waren. Dies um so weniger, als auch in dem Ministerialerlaß vom 10. August als allgemeine Ansicht hervorgehoben wurde, daß bei der Bewilligung von Ausnahmen mit großer Vorsicht zu verfahren sei, und daß insbesondere Ausnahmen von den Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern nur in den dringendsten Notfällen gewährt werden sollten.

In Wahrheit hat die Erwerbsarbeit der Frauen, der Jugendlichen und Kinder in einem Maße zugenommen, wie sie niemand vorausgesehen hat.

Die Frauen sind in Berufe eingedrungen, die ihnen bisher verschlossen waren und die für den weiblichen Organismus schlechthin schädlich sind oder wenigstens nur bei den sorgfältigsten Schutzbestimmungen ohne tiefgreifende Schäden ausgeübt werden können. Es sei nur erinnert an die Beschäftigung mit gewerblichen Giften in der chemischen und der Sprengstoffindustrie, an das Heben schwerer Lasten bei der Geschoßfabrikation, in den Hüttenwerken u. a. m.

Die Beschäftigung von Frauen, jugendlichen und kindlichen Arbeitskräften in einem über die Bestimmungen der Gewerbeordnung hinausgehenden Umfange, ist auch nicht nach den ursprünglichen Intentionen der Regierung und Parteien auf Ausnahmefälle beschränkt geblieben, sondern ist vielfach zur Regel geworden. Viele tausende Frauen und jugendliche Personen beider Geschlechter leisten in sehr erheblichem Umfange Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit. Diese Ueberbürdung, in Verbindung mit der Unterernährung als Folge der außerordentlichen Teuerung und der Knappheit vieler Lebensmittel ist von verhängnisvollen Folgen für die Gesundheit der Betroffenen, die meistens auch noch von tiefem Seelenleid bedrückt sind, und für die Entwicklung der nachfolgenden Generation, die unter solch ungünstigen Verhältnissen getragen und geboren wird. Wir fügen einige ärztliche Urteile bei.

Dabei ist nicht zu verkennen, daß der bestehende Zustand leider auch zu einer sehr ungünstigen Beeinflussung der noch nicht gefestigten jugendlichen Arbeiter geführt hat.

Und schließlich sei noch erwähnt, daß die andauernde Uebermüdung, die zur Entkräftung und Gesundheitsschädigung führt, den Eintritt der Invalidität beschleunigt und die Unfallgefahr erhöht.

Die Volksgesundheit und die Weiterentwicklung der Jugend sind also schwer bedroht.

Dabei kann der Grund: durch Einstellung von weiblichen und jugendlichen Personen ohne die Beschränkung durch die Arbeiterschutzgesetze eine Stockung im Arbeitsprozeß zu verhüten, gegenwärtig auch nicht mehr geltend gemacht werden. Das „Reichsarbeitsblatt" vom Februar 1916 meldet vielmehr, daß für 163 weibliche Arbeitsuchende nur 100 offene Stellen vorhanden waren. Allein in Berlin stieg im Januar 1916 gegen den Vormonat die Zahl der arbeitsuchenden Frauen von 10 700 auf 14 200, die der offenen Stellen für sie jedoch nur von 8050 auf 8220. Und ähnlich sind die Berichte sämtlicher Arbeitsnachweise, die regelmäßig ihre Einsendungen machen: der Verband märkischer Arbeitsnachweise, der ostpreußische Verband, der posensche, die Hamburger Landeszentrale für Arbeitsnachweise, das Württembergische Staats-Landesamt und der Verband westfälischer Arbeitsnachweise. Nach dem westfälischen Bericht kommen sogar auf 216,5 Arbeitsuchende nur 100 offene Stellen. Aber auch die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden stieg in Berlin im Januar von 11 700 auf 16 100 und die der offenen Stellen nur von 11 350 auf 13 400.

In dem schon erwähnten Ministerialerlaß vom 10. August 1914 heißt es aber ausdrücklich: „Bei der Bewilligung von Ausnahmen müsse unter allen Umständen beachtet werden, daß dadurch die Arbeitsgelegenheit der durch den Krieg arbeitslos gewordenen Männer nicht vermindert werde."

Durch die Ueberarbeit der Beschäftigten ist nunmehr die Beeinträchtigung der Arbeitsgelegenheit für Männer und Frauen eingetreten.

Damit steht die weitere Zulassung von Ausnahmen im Widerspruch zu dem Willen der Gesetzgeber und dem klaren Wortlaut der ministeriellen Ausführungsbestimmungen; die Beseitigung der Ausnahmen wäre also ein Akt der Gerechtigkeit und eine segensreiche sozialpolitische Tat.

Die Aufhebung des Notgesetzes und die Einführung der Achtstundenschicht für Frauen, mindestens in der Schwerindustrie, würde Tausenden Beschäftigung und Verdienst geben und viel Not und Sorge von der Arbeiterschaft nehmen.

Die Unterzeichneten erwarten deshalb, daß im Interesse der Arbeitenden und im Interesse der Volksgesundheit ihre Worte Beobachtung finden und ihre Bitte erfüllt wird.

Für die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands
Luise Zietz.
Für das Arbeiterinnen-Sekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
Gertrud Hanna.

Krieg u. Geschlechtskrankheiten.

Dem aufmerksamen Beobachter drängen sich seit längerer Zeit deutliche Anzeichen einer zunehmenden geschlechtlichen Verwilderung, einer Lockerung der sexuellen Moral auf. Sie sind eine natürliche Folge der langen Dauer des Krieges. Fast alle Männer in der Vollreife ihres Geschlechts stehen unter den Waffen, auf lange ungewisse Zeit getrennt von ihren Frauen und Geliebten. Nicht nur der Tod auf dem Schlachtfeld zerreißt Ehe- und Liebesbündnisse, der Krieg beschwört schlimmere und folgenschwerere Katastrophen herauf für die Beziehungen zwischen Mann und Weib. Heute rot, morgen tot denkt so mancher Soldat und betäubt das aufsteigende Grauen vor der drohenden Vernichtung durch zügellosen Lebensgenuß, wo er sich ihm bietet. Geschieht das schon in der Heimat an allen Orten mit größeren Ansammlungen waffentragender Männer, so erst recht im Kriegsgebiet. Daß überdies Militarismus und Völkermord einer Verfeinerung der sexuellen Beziehungen günstig wären, haben auch die Schmöcke der Kriegsromantik vom Schlage der Sombart und Fendrich noch nicht zu behaupten gewagt. Woher als sonst äußert sich einer der stärksten Triebe des Menschen im Kriege, und seine außereheliche Befriedigung ist die Regel. In allen Kriegen hat man bisher für die sexuellen Bedürfnisse der Soldaten käufliche Frauen bereit gehalten, um die Mannschaften in ihrem grausigen Handwerk bei guter Laune zu erhalten. Das war in der Neuzeit Kriegsgebrauch unter anderem bei den Engländern im indischen und im Burenkrieg und bekanntlich auch im deutschen Chinafeldzug, wie in der Sitzung des Reichstags vom 1. März 1906 von sozialdemokratischer Seite festgestellt wurde. (Siehe „Gleichheit" Nr. 15 vom 15. April 1912 und Nr. 18 vom 27. April 1914.)

Der durch abnorme Verhältnisse abnorm gesteigerten Nachfrage der Männer entspricht nach allen bisherigen Kriegserfahrungen eine gewaltige Zunahme des Angebots von Prostituierten. Große Not unter den Frauen, deren Männer aus ihrer Erwerbsarbeit herausgerissen werden und in den Krieg ziehen müssen, das Daniederliegen vieler Industrien, die zahllose fleißige Arbeiterinnen beschäftigt hatten, die nun keinen ehrlichen Erwerb mehr haben oder für Hungerlöhne schanzen müssen, die Zerstörung großer blühender Landesteile im Kriegsgebiet, Teuerung und Hungersnot bereiten dem Anschwellen der Prostitution den Boden. Und nun dieser Krieg, der schlechthin alles in den Schatten stellt, was die Welt an gewalttätigen Schrecknissen je erlebt hat, ja der alles überbietet, was die ausschweifende Phantasie je an Gräßlichkeiten gebar! Was gelten geschlechtliches Verantwortungsgefühl, Treue, Frauenehre, Scham, wenn täglich Menschenblut in Strömen fließt und so viele mühsam errungene Kulturgüter brutal zerstampft werden?

Mit der Zunahme der Prostitution geht ein mächtiges Anschwellen der schlimmsten Volksseuchen, der Geschlechtskrankheiten mit Naturnotwendigkeit einher. Und hier beginnt die tragische Fernwirkung der geschlechtlichen Verwilderung. Abgesehen von den schweren Folgen für die von einer Geschlechtskrankheit unmittelbar Betroffenen erstrecken diese Seuchen ihre Verheerungen oft noch über mehrere Generationen hinaus. „Jahwe wird dich heimsuchen an deinen Kindern bis ins dritte und vierte Glied", dieses Bibelwort kennzeichnet treffend die gefährlichen Nachwirkungen vor allem der Syphilis. Diese ist die schlimmste aller Geschlechtskrankheiten wegen ihrer Durchseuchung des ganzen Körpers, ihres schleichenden Verlaufs, ihrer tückischen Rückfälle, Nach- und Folgekrankheiten. Vor ihnen ist der einmal von dieser Krankheit Befallene oft nach Jahrzehnten noch nicht gesichert, ja nicht selten geht die Krankheit in tödliches Siechtum über. Die Syphilis verschuldet eine Menge Geistesstörungen, sogar so schwere unheilbare Krankheiten wie Gehirnerweichung und Rückenmarksschwindsucht. Die Syphilis führt aber auch zu Früh- und Totgeburten, sie wird vererbt und bescheert den unschuldigen lebendgeborenen Kindern syphilitischer Eltern

oft das grauenvolle Schicksal der Verblödung und Verkrüppelung.

Vom Volke unterschätzt wird die Wirkung der außerordentlich verbreiteten Gonorrhöe, des Trippers. Der oft leichtfertig bespöttelte Tripper kann zu langwierigen schweren Leiden bei Mann und Frau führen. Besonders viele unterleibskranke Frauen verdanken ihr schmerzenreiches Siechtum einer Tripperansteckung. Die Gonorrhöe ist häufig von Unfruchtbarkeit begleitet. Noch mehr: wenn das Trippergift beim Geburtsakt in die Augen des Neugeborenen dringt und von der Geburtshilfe nicht sofort ein Gegengift angewendet wird, so kann das Kind blind werden. Die meisten Blindgeborenen verdanken einer unbeachtet gebliebenen mütterlichen Tripperinfektion ihr Schicksal. Je länger der Krieg dauert — und er wird voraussichtlich noch sehr lange dauern —, desto größer wird die Gefährdung der Volksgesundheit, so daß es schließlich zu einer allgemeinen Durchseuchung und Degeneration des Volkes kommen kann. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern für alle von der Kriegsfurie verheerten Länder. Selbst die kleine Schweiz, die bisher nur mobilisiert hat, beklagt eine sehr starke Zunahme der Geschlechtskrankheiten.

Von den Krankenkassen wird berichtet, daß im Heimatland eine Zunahme der venerischen Krankheiten, namentlich bei den weiblichen Versicherten geradezu auffällt. Um dem Rückgang der Geburten entgegenzuwirken, wurden in diesem Jahre viele verheiratete Soldaten beurlaubt, von denen so mancher als lebenslängliches Andenken an den Krieg seiner Frau eine Geschlechtskrankheit mitbrachte. Ebenso häufig kommt es aber auch vor, daß Beurlaubte und von ihren Wunden Genesende sich in der Heimat anstecken. Jedenfalls ist die Zahl der Verheirateten unter den geschlechtskranken Soldaten groß. Sie betrug in den von Wolff aus einigen Reservelazaretten gesammelten Angaben fast ein Drittel, in der von Reißer geleiteten Breslauer Klinik etwas mehr als ein Drittel der Gesamtbelegschaft. Die Größe der Gefährdung unserer Volksgesundheit enthüllt sich aber erst ganz, wenn wir bedenken, daß der überwiegende Teil der Soldaten, der gesunden wie der kranken, vom Lande und aus kleinen Städten stammt, wo im Frieden Geschlechtskrankheiten wenig oder gar nicht bekannt waren. War doch in den Großstädten die Zahl der Venerischen mindestens fünfzigmal so groß als auf dem Lande. Das wird nach diesem Kriege mit seinem ungeheuren Menschenverbrauch anders werden. Durch das Rückströmen so vieler Geschlechtskranker wird nun auch das Land durchseucht. Reißer rechnet auch mit der Möglichkeit, daß infolge der durch den Krieg bedingten Ueberanstrengung des Herzens und der Nerven und durch die allgemeinen Organschädigungen infolge der Strapazen die schweren Nachkrankheiten der inneren Organe und des Nervensystems sich häufiger einstellen werden als im Frieden, zumal auch die Syphilisbehandlung sich im Felde nicht immer mit der nötigen Sorgsamkeit durchführen lassen wird. „Es ist ein geradezu furchtbares Schreckbild, was sich vor uns auftut," schreibt der genannte Arzt, „wenn wir an diese so sehr drohende Möglichkeit denken, daß viele Tausende diesem elenden Schicksal verfallen könnten, als erwerbsunfähige Krüppel herumlaufend, die Irrenhäuser bevölkernd, vorzeitig dahinsterbend, ihre Familien im Elend zurücklassend."

Was soll nun geschehen, wenn der Krieg ausgetobt hat und die vielen Millionen von Soldaten von ihrer Blutarbeit zurückkehren in ihre Heimat, zu ihren Familien, zur Arbeit des Friedens? Von den draußen geschlechtskrank Gewordenen wird ein sehr großer Teil nicht ausgeheilt sein, so daß mit einer Massenübertragung von Syphilis und Tripper auf die Frauen und Geliebten der Heimkehrenden gerechnet werden muß, wenn nicht ganz besondere Maßnahmen dagegen ergriffen werden. Als erste Forderung müßte nach Blaschko aufgestellt werden, daß kein noch Ansteckungsfähiger aus dem Armeeverband entlassen werde. Ein so radikaler Eingriff in die persönliche Freiheit muß natürlich zu großen Härten für den einzelnen führen, ganz abgesehen davon, daß der Nachweis der Ansteckungsfähigkeit besonders bei Syphilis nicht immer leicht ist. Für weniger bedenkliche Erkrankungen soll ärztliche Behandlung in die Heimat zur Pflicht gemacht und unter Mitwirkung der Krankenkassen und der Versicherungsanstalten durchgeführt werden. Schon planen die Landesversicherungsanstalten Beratungs- und Fürsorgestellen, die alle während des Krieges geschlechtskrank Gewordenen in dauernde hygienische Ueberwachung nehmen sollen. In den Rahmen dieser Maßnahmen sollten organisch eingegliedert werden die Maßregeln zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten unter den Prostituierten (auch der gelegentlichen), indem man ihnen vor allem Gelegenheit zur kostenlosen Behandlung durch den Arzt oder im Spital verschafft. Ein Gesundheitsamt müßte geschaffen werden, das an Stelle der Polizei die gesundheitliche Ueberwachung und die zwangsweise Durchführung der ärztlichen Behandlung zu übernehmen hätte. Die heutige, allein der Polizei überlassene Aufsicht über die Prostitution hat nicht nur längst versagt, sondern auch unendliches Unheil angerichtet und die Frage ihrer Reform wird mit dem Ende dieses Krieges brennender denn je. Fragt sich nur, ob man sich angesichts der so ungemein erhöhten Bedrohung der Volksgesundheit endlich entschließen wird, mit dem alten Schlendrian in der Bekämpfung der venerischen Krankheiten aufzuräumen. Mit diesen Maßnahmen allein ist es aber nicht getan. Schwere wirtschaftliche Krisen werden nach dem Kriege über das Volk hereinbrechen. Es wird insbesondere arbeitslose Frauen in noch nie dagewesener Zahl geben, und die Teuerung wird anhalten. Das aber bedeutet nichts anderes als ein neues riesenhaftes Anschwellen der Prostitution und damit auch der Geschlechtskrankheiten. Die Geschlechtskrankheiten aber sind, wie bereits angedeutet wurde, bösartige fressende Schäden an der Volkskraft, indem sie viele Ehen unfruchtbar machen oder einen minderwertigen Nachwuchs aus ihnen hervorgehen lassen. Halten wir diese Tatsachen zusammen mit der ohnehin durch den Krieg direkt bewirkten Massenvernichtung Hunderttausender zeugungskräftiger Männer und der körperlichen Zerrüttung und Schwächung von Millionen durch die Nachwirkungen der erlittenen Verwundungen und Strapazen, so müssen wir mit einem weiteren Ansteigen des Geburtenrückgangs und einer ganz erheblichen Verschlechterung des Nachwuchses rechnen. Der Zusammenhang des Bevölkerungs- und Fortpflanzungsproblems mit den Geschlechtskrankheiten ist klar. Der Staat ist in seinem eigensten Interesse an ihrer Bekämpfung und damit an der Eindämmung der Prostitution interessiert. Eine wirksame Einschränkung beider ist aber nur möglich durch Hebung der wirtschaftlichen und der sittlichen Verhältnisse in der Bevölkerung. Nur so können Angebot und Nachfrage verringert, die wirtschaftlichen Nötigungen und die unnatürlichen Lebensbedingungen, die zur Prostitution führen, vermindert werden. Voraussetzung dafür ist ein baldiger, dauernder Frieden.

Sonst wird für dringende Aufgaben wie die Bekämpfung von Prostitution und Geschlechtskrankheiten durch Wohnungsreform, Jugendfürsorge, innere Kolonisation, Mutterschutz, Bekämpfung des Alkoholismus und ähnliches mehr wenig oder nichts übrig bleiben. Wollen wir gesundere wirtschaftliche Zustände als Vorbedingung gesunderer sexueller Verhältnisse schaffen, so werden wir, je länger der Krieg dauert, desto härter darum zu ringen haben. Aber auch der schwerste Kampf soll uns nicht schrecken im Hinblick auf unser Ziel, die Heraufführung wahrer Kultur und hoher Gesittung durch den Sozialismus.

Friedensbestrebungen.

Der amerikanische Millionär und Automobilfabrikant H. Ford hat sich die Aufgabe gestellt, mit allen seinen Kräften auf die Beendigung des Krieges und Wiederherstellung des Friedens hinzuarbeiten. Erst wollte er gegen Ende des verflossenen Jahres ein eigenes Schiff mit Friedensfreunden von Amerika nach Europa hinüberschicken, welches Vorhaben aber die amerikanische Regierung vereitelte. Sodann erließ er einen Aufruf, der in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert ist. Wir wollen vorausschicken, daß Ford (nach Nachrichten, denen wir volles Vertrauen entgegenbringen müssen) nicht nur bereit ist, gegen den jetzigen Krieg „sein ganzes Leben und seinen Reichtum" einzusetzen, sondern daß er auch gegen die sogenannte „Kriegsbereitschaft", gegen jegliche Rüstung ist. Aber darin stimmen mit ihm auch viele Pazifisten überein. Nur geht Ford viel weiter und fragt sich: „Wie ist diesem Ungeheuer beizukommen? Wer soll es bezwingen?" Und da ist Ford ungleich konsequenter als seine Freunde vom bürgerlichen Lager, denn was er uns da antwortet, ist für einen Millionär ein waghalsiger Sprung über sein Milieu hinaus.

Inzwischen ist Ford doch mit Begleitung nach Europa gekommen, um da, auf dem Erdteil des Krieges selbst, für den Frieden zu wirken. Einer seiner Freunde und Gesinnungsgenossen, der Amerikaner Evans, hält Vorträge über die Aufgaben der Friedensexpedition, in denen er unter anderm meint, daß in den letzten 18 Monaten mehr Menschen getötet wurden als je seit der Erstürmung der Mauern Jerichos. Die Fortschritte in der Erfindung des Tötens haben Schritt gehalten mit den größten Erfindungen auf allen andern Gebieten.

Es gab Zeiten, wo es dem Menschen, als Rechtsgrundsatz galt, sein Recht mit der Waffe in der Hand im Zweikampf zu erlangen. Diese Anschauung verlor sich im Laufe der Zeit, heute aber tritt dieser Rechtsgrundsatz im Leben der Völker wieder zum Vorschein. 20 Millionen Menschen stehen einander im fürchterlichen Kampfe gegenüber.

Und dann erst die wirtschaftlichen Verluste. Die Ausgaben der letzten 12 Monate würden genügen, um allen Menschen Deutschlands und Englands ein dauerndes komfortables Heim zu bauen. Die Auslagen für einen einzigen Schuß aus einem Schiffsgeschütz oder einem 42 er genügten, um zwei Söhne an den besten Hochschulen Europas ausbilden zu lassen.

Viele Organisationen für den Frieden sind entstanden, sie hatten alle wenig Erfolg, denn die Neutralen konnten oder wollten nicht Zeit und Geld dem Gedanken der Menschheitswohlfahrt opfern. Denn eine gewaltige Aufgabe ist es. Und als niemand sich finden wollte, da stand Henry Ford auf, der schon lange sozial tätig ist. Er beschäftigt in seinem Etablissement 2200 Menschen im Achtstundentag, denen er wenigstens täglich fünf Dollar bezahlt (25 Fr.). Er will sein ganzes Hab und Gut daran setzen, wenn er diesen fürchterlichen Krieg nur um einen einzigen Tag verkürzen kann.

Seit Monaten schon hatte man in Amerika darauf hingearbeitet, eine offizielle Konferenz der neutralen Mächte einzuberufen. Es ist klar, daß in dieser Weltkatastrophe keine Einzelmacht, und wäre sie noch so einflußreich, einen erheblichen Einfluß auf die kriegführenden Mächte auszuüben vermöchte. Keine der Mächte wagt es, Friedensvorschläge zu machen, aus Furcht, dies könnte als Schwäche gedeutet werden. Unter den Neutralen befinden sich Regierungen, die es gerne sehen würden, wenn Amerika sich als Großmacht bereit erklären würde, an einer solchen neutralen Konferenz teilzunehmen. Zuerst schien es, die amerikanische Regierung sei aus dem Grunde abgeneigt, weil sie glaubte, allein besser den Vermittler spielen zu können.

Ueber die geplante neutrale Konferenz sagte Evans: Die neutrale Konferenz für dauernde Vermittlung soll aus je fünf Delegierten und Stellvertretern der folgenden Nationen bestehen: Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Schweiz, Spanien, Amerika. Und der Zweck der neutralen Vermittlungskonferenz soll sein, sich nicht lange mit theoretischen Fragen zu beschäftigen, sondern direkte, konkrete Vermittlungsvorschläge aufzustellen. Diese Vorschläge sollen gleichzeitig nicht nur den Regierungen, sondern auch den Parlamenten und der Presse aller kriegführenden Länder unterbreitet werden. Die Arbeit der Konferenz ist zu erleichtern durch Hinzuziehung von Sachverständigen für internationale Probleme aus den verschiedenen kriegführenden Ländern. Diese Sachverständigen dürfen nicht Mitglieder der Konferenz sein, sondern lediglich Berater, die auf Ersuchen der Konferenz Mitteilungen über die politischen Verhältnisse ihrer Länder geben und diese in sympathischer, jedoch von internationalem Geist durchdrungener Weise diskutieren sollen.

Nebst dem Amerikaner Evans kam noch Louis Lehner als Delegierter der Stockholmer Friedenskonferenz in die Schweiz, um dafür Propaganda zu betreiben, mit der in einer in Bern von Parlamentariern und andere Friedensfreunden abgehaltenen Versammlung der Anfang gemacht wurde und zwar mit Erfolg. Es gelang ihnen, eine schweizerische Friedensdelegation nach Stockholm zu gewinnen, an deren Spitze der Präsident der schweizerischen sozialdemokratischen Partei und Nationalrat (Reichstagsabgeordneter) Dr. Sender in Winterthur steht und der folgende weitere Personen angehören: Frl. Marguerite Gobat-Genf, Frau Professor Ragaz-Zürich; ferner als ständige Sekretäre der Konferenz Dr. Trösch-Bern und Dr. Schenk-Bern und als Sekretär der schweizerischen Ortsgruppe Herr Otto Volkart-Bern. Diese Delegation ist bereits am 23. Februar nach Stockholm abgereist und am 10. März werden die Delegierten Nationalrat Göttisheim-Basel und Professor Rappard-Genf folgen. Nationalrat Scherrer-Füllmann aus St. Gallen wird erst nach Schluß der nächsten Session der Bundesversammlung abreisen. Später werden sich auch noch unsere Genossen Ständerat Hch. Scherrer-St. Gallen und Nationalrat Greulich-Zürich nach Stockholm begeben.

Wer möchte nicht diesen Bemühungen um Herbeiführung des Völkerfriedens baldigen und vollen Erfolg wünschen? Gewiß alle Friedensfreunde der ganzen Welt. Ob dieser Versuch zur Friedensvermittlung eine Utopie oder eine ernste und aussichtsvolle Aktion ist, darüber wollen wir keine langen und scharfsinnigen Betrachtungen anstellen; wir freuen uns ob der einfachen Tatsache, daß sich Männer und Frauen mit ihrer ganzen Person in den Dienst der Friedensvermittlung gestellt haben und wünschen ihnen im Interesse der Völker alles Glück dazu!

Kampf der sozialistischen Frauen in Australien.

Ungeachtet des auch in Australien proklamierten Ausnahmezustandes, der der Regierung außerordentliche Macht verleiht und die bürgerlichen Freiheiten einengt, führen die sozialistischen Organisationen Australiens einen energischen Kampf gegen den Krieg und die zunehmenden reaktionären Tendenzen im politischen und wirtschaftlichen Leben. Eine besondere Rolle spielen hierbei die sozialistischen Frauen. Sie haben eine besondere Organisation gebildet, die Hand in Hand mit der Partei eine rege Tätigkeit entfaltet. Welchen Charakter die Tätigkeit dieser Organisation trägt, zeigen folgende Auszüge aus einer von ihr angenommenen Resolution:

„Wir Frauen und Bürgerinnen Australiens sind überzeugt, daß der Krieg allen Grundsätzen der Menschlichkeit und des Christentums widerspricht. Wir fordern die Männer, die von der Regierung in die Armee gerufen werden, auf, diese Regierung zu fragen: Wie sollen die Frauen und Kinder vor dem inneren Feind geschützt werden? Dieser Feind lebt in unserer Mitte. Aus „rein patriotischen Erwägungen" erhöht er die Preise der notwendigsten Bedarfsartikel und weigert sich, die Arbeitslöhne zu erhöhen, was zur Folge hat, daß viele Familien hungern müssen und Frauen wie Kinder gezwungen sind, ihre Arbeitskraft für einen Bettellohn zu verkaufen. Dieses Elend der hungernden Bürger wirft dem sogenannten Patrioten einen ungeheuren Mehrertrag in den Schoß werfen."

Wie sehr die australischen Sozialisten, Männer wie Frauen, die Gefahren fürchten, die die demokratischen Einrichtungen Australiens durch die Militarisierung des englischen Weltreiches — dieser charakteristischen Folge des gegen den „preußischen Militarismus" geführten Krieges — bedrohen, geht aus folgender Rede der Genossin Bella Lavender hervor: „Schon der Umstand — führte sie in einer Versammlung aus — daß das Ideal der englischen Freiheiten von der Welle der Tyrannei überflutet wird. Trotzdem müssen wir unsern Kampf weiterführen, ohne die Drohungen und Gewalttaten zu achten. Unsere Feinde müssen wir nicht im Auslande, sondern im eigenen Lande suchen — es sind jene Leute, die uns unsere Pflichten vorschreiben wollen und uns wie eine willenlose Herde und wie Verbrecher behandeln. Wir müssen mit allen Kräften dagegen ankämpfen, daß unsere demokratischen Einrichtungen dem Militarismus zum Opfer fallen."

Mag es auch angebracht sein, die praktischen Folgen, die der Feldzug unserer australischen Genossinnen augenblicklich haben kann, nicht zu überschätzen, so wird man doch ihren Kampfesmut und ihren gesunden proletarischen Sinn als Symptom der ungeschwächten Werbekraft des sozialistischen Gedanken selbst an den Küsten des Pazifik mit Freuden begrüßen.

Verantwortlicher Redakteur: W. Bock. Druck und Verlag von W. Bock & Co. in Gotha.

Die „Internationale Korrespondenz“ und die Sorge um die Existenz der Partei.

Die Unabhängige Arbeiterpartei hat am 29. Januar die Jahreskonferenz ihrer Organisationen Mittelenglands abgehalten. Wir haben den Originalbericht über diese Versammlung nicht zur Hand und folgen der Wiedergabe der Internationalen Korrespondenz. Darnach hat sich auf der Konferenz Bruce Glasier dahin ausgesprochen, daß der Kampf gegen das einmal beschlossene Wehrpflichtgesetz mit konstitutionellen Methoden geführt werden müsse, da eine andere Taktik die Unabhängige Arbeiterpartei zu einer ungesetzlichen Verbindung machen und zur Unterdrückung des „Labour Leader“ führen müsse.

Die „Internationale Korrespondenz“ benutzt nun diese Aufforderung, daß die Independet Labour Party sich auf den Kampf mit konstitutionellen Mitteln beschränken solle, um den Vorwurf gegen die deutsche Sozialdemokratie zu entkräften, „daß sie aus Sorge um die Existenz der Partei ihre oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung aufgegeben und die Ideale des Sozialismus verraten hätte“.

Wir müssen sagen, es gehört schon ein starker Grad von Unverfrorenheit dazu, die Haltung der deutschen Partei in ihrer Gesamtheit mit der Unabhängigen Arbeiterpartei in eine Linie zu stellen. Die Independent Labour Party will sich auf den gesetzmäßigen Kampf gegen den Dienstzwang beschränken. Sie tut das, indem sie eine riesige Agitation entfaltet in öffentlichen Versammlungen, mit scharfen Flugblättern, mit der Organisierung der Dienstbefreiungsanträge. Wann hat man dagegen bei der deutschen Gesamtpartei während des Krieges überhaupt etwas von entschiedener Opposition gesehen? Von der Möglichkeit einer Opposition mit ungesetzlichen Mitteln von seiten der Partei als Ganzem hätte wohl auch der Radikalste der Genossen nicht zu träumen gewagt. Aber viele haben allerdings von Monat zu Monat gewartet, daß sie sich zu einer selbständigen Politik, die sie in Opposition zur Regierung bringen mußte, durchdringen würde. Darin sind sie bitter enttäuscht worden, und wenn die „Internationale Korrespondenz“ jetzt die Stirn hat auf die Independent Labour Party hinzuweisen, die sich doch von ganz gleichen Rücksichten leiten lasse, so ist das eine Anmaßung, die man selbst bei der „Internationalen Korrespondenz“ nicht für möglich halten sollte.

Eine sozialistische Friedensrede im amerikanischen Parlament.

Am 18. Januar hielt der vor kurzem gewählte sozialistische Abgeordnete Meyer-London, der einzige Sozialist im amerikanischen Parlament, seine erste große Rede im Kongreß. Der sozialistische Abgeordnete erklärte, daß kein ausländischer Feind Amerika bedrohe, daß die Agitation für die Vergrößerung des Heeres und der Flotte in erster Linie auf die künstliche Stimulation zurückzuführen sei, die von den privaten Munitionsfabriken herrühren.

„Kommt nicht der Krieg bald zum Abschluß — warnte Meyer — dann werden wir die blutigste und gigantischste Revolution in der Welt erleben.“ Er betonte, die Zeit für den Frieden sei gekommen und forderte die Erwägung seiner Resolution, die vom Präsidenten ein Eingreifen zugunsten des internationalen Friedens verlangt. Diese Resolution, deren Wortlaut wir vor kurzem brachten, reichte er am ersten Tage der Session ein.

„Mit den Worten Macaulays — sagte Meyer — kann man auch hier sagen, sie haben Blut gekostet, und es schmeckt ihnen. Zweitens ist es aber auch ein schlauer republikanischer Plan, die Demokraten in die Patsche zu setzen, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sie Erfolg haben werden. Drittens gibt es alte Weiber beiderlei Geschlechts, die hysterisch geworden sind, und endlich ist eine Gruppe imperialistischer Finanziers am Werk, die für die Eroberung der Philippinen und Porto Ricos verantwortlich sind, und die gern ein Heer und eine Flotte sähen, die groß genug wären, daß sie die Verenigten Staaten in den Stand setzen würden, die Weltpolitik zu beeinflussen.“

„Ich halte es für eine heilige Pflicht — fuhr er fort — im Namen der sozialistischen Bewegung Amerikas und der internationalen sozialistischen Bewegung das Volk der Vereinigten Staaten davor zu warnen, daß Rüstungsbereitschaft, die vorgibt, gegen den Krieg zu rüsten, den Krieg unabwendlich macht. Sie bauen sich hier ein Trugbild auf. Bauen Sie eine stets bereite Armee und Marine, und haben sie dann einen schwachen oder streberhaften Präsidenten, so wird er es so weit treiben, daß ein Krieg unvermeidlich wird. Furcht, Mißtrauen und Verdächtigungen haben sich in unserer Mitte gebildet, die Unheil bedeuten, wenn ihnen kein Damm gesetzt wird.“

Diese Rede, die eine scharfe Absage an jede Art von Militarismus und militärische Rüstungsbereitschaft bedeutet und in der Forderung einer sofortigen Friedensintervention der Vereinigten Staaten gipfelte, fand so viel Beifall und erweckte ein solches Interesse bei dem Kongreß, daß die Redezeit des Redners verlängert wurde, damit er, wie das im amerikanischen Parlament üblich ist, die vielen an ihn gerichteten Fragen beantworten konnte.

„Die Gründer des Sozialismus — sagte der Abgeordnete in seinen weiteren Ausführungen — haben schon 1871 diesen Krieg vorausgesagt. Die Sozialisten brauchen sich wegen des Laufes der Geschichte nicht zu entschuldigen. Sie traten dem Kriege immer auf das entschiedenste entgegen, bis sie selbst in seinen Abgrund gestürzt wurden. Sie sagten den Weltbrand voraus und warnten vor ihm.

Wir müssen wissen, gegen wen wir zu rüsten haben. Moderne Kriege werden nicht gegen eine einzelne Nation geführt, sondern gegen eine Gruppe von Nationen. Um konsequent zu sein, müßten wir eine Flotte haben, die größer ist als die Flotten von ganz Europa zusammen und eine Armee, wie sie die Welt niemals gesehen. Sind wir imstande, eine solche Rüstungskampagne zu beginnen?

Ueber die Ursachen des Krieges besteht die größte Unkenntnis. Sie sind nichts Neues. Sie sind das Resultat der aufeinanderplatzenden wirtschaftlichen Interessen der involvierten Nationen ... Aber mit all den wirtschaftlichen Kräften, die in Europa die Tendenz zum Kriege in sich trugen, wäre der Krieg doch unmöglich gewesen, hätten nicht die großen Heere und Flotten bestanden. Jeder konnte auf ein großes Heer, auf eine große Flotte deuten, als unabweisbarer Nachweis unmittelbarer Gefahr.“

Wie aus den Aeußerungen der amerikanischen Presse hervorgeht, hat die Rede unseres Genossen in der gesamten Oeffentlichkeit große Beachtung gefunden. In dem Kampfe, den unsere Partei in den Vereinigten Staaten gegen die Kampagne für die „Kriegsbereitschaft“ eingeleitet hat, wird sie sicherlich eine wichtige Etappe bilden.

Gewerkschaftliches.

Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation.

Bei der Etatsberatung im Kieler Rathause trat die sozialdemokratische Fraktion energisch für die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation in den städtischen Betrieben ein. Nach lebhafter Debatte wurde fast einstimmig beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben dahin abzuändern, daß der Gauleiter des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes zu den Sitzungen der Arbeiterausschüsse einzuladen ist und mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen kann. Der Magistrat erklärte sich mit dem sachlichen Inhalt des Antrages einverstanden, so daß die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation in den städtischen Betrieben der Stadt zu erwarten ist.

Ein Beitrag zum Kapitel Burgfrieden.

Die Firma Würker & Knirsch A.-G., Dresden-Pieschen, Barbarastraße 43, kann es selbst in der Kriegszeit nicht unterlassen, für ihren gelben Werkverein Propaganda zu machen. Sie legt allen neu eintretenden Arbeitskräften einen Zettel zum Ausfüllen und zum Unterschreiben vor, der folgenden Wortlaut hat:

„Beitrittserklärung.

Unterzeichneter erklärt sich zum Beitritt in den Werkverein der Firma Würker & Knirsch, Aktiengesellschaft, Dresden, bereit und versichert keiner sozialdemokratischen Partei, noch einer ihr nahestehenden Organisation anzugehören. Name .... Angemeldet am ..., durch ..... Unterschrift ....“

Wie uns versichert wird, preist die Leitung der Firma beim Eintritt einer neuen Arbeitskraft den Verein als Unterstützungsverein an, der nur für das Wohl der Arbeiter wirke; diejenigen, die den Zettel nicht ausfüllen und dem Verein nicht beitreten, sollen sich anderweitig Arbeit suchen. — So faßt die Firma den Burgfrieden auf.

Die Antwort der Zechenherren.

Auf die Lohneingabe der vier Bergarbeiterverbände ist folgende Antwort eingegangen:

An den Verband der Bergarbeiter Deutschlands,
z. H. des Herrn H. Sachse, Bochum.

Wie Sie in Ihrer Zuschrift schon hervorhoben, und wie wir nach unserer Kenntnis der Verhältnisse bestätigen können, ist den Arbeitern und Arbeiterinnen auf einer größeren Zahl von Zechenverwaltungen die von Ihnen beantragte Kinderzulage bereits bewilligt worden. Es ist hiernach zweifellos mit einer baldigen allgemeinen Einführung dieser Beihilfe im ganzen Revier zu rechnen.

Ihre durch das Vorgehen der Zechenverwaltungen bereits überholte Eingabe zum Gegenstand einer besonderen Besprechung im Vorstande unseres Verbandes zu machen, dürfte sich daher wohl erübrigen.

Die Geschäftsführung:
v. Loewenstein.

Wie sich die Internationale in der Kriegszeit praktisch bewährt.

Die schweizerischen Lithographiebesitzer waren während der jüngsten Tarifvertragsbewegung bereits im Ausland auf den Streikbrecherfang ausgegangen, aber mit dem wohlverdienten schmählichen Mißerfolg. In einer „Wiener Zeitung“ wollte man durch Hasenstein & Vogler Streikbrecher für die deutsche Schweiz einfangen lassen, die Setzer weigerten sich aber, das Inserat zu setzen, und der österreichische „Senefelder Bund“ konnte seinem schweizerischen Bruderverband berichten, daß überhaupt derartige Inserate nicht erscheinen werden. Zugleich wurde für den Fall des Streiks die Unterbringung von Kollegen aus der Schweiz in Oesterreich bei gutem Lohn offeriert.

Wie die Fahnenflucht aus der Gewerkschaft sich rächt.

In Zürich erkämpften vor drei Jahren durch einen Streik die Gehilfen der Großmetzgerei Ruff einen Tarifvertrag mit 10½stündiger täglicher Arbeitszeit, Lohnerhöhungen, Minimallöhnen und verschiedenen anderen Verbesserungen. Bald darauf erlahmte aber das Interesse der Gehilfen für die Gewerkschaft, das sich auch später nicht wieder einstellte und nun ist der erst im Kampfe errungene wertvolle Tarifvertrag sang- und klanglos erloschen. Aber die Firma benutzte die Gelegenheit, sofort wieder die Arbeitszeit auf 11 Stunden zu verlängern, die Minimallöhne abzuschaffen und den Zuschuß bei Krankheitsfällen außer Kraft zu setzen. Statt Verbesserungen beim Ablauf des Vertrages zu erreichen, mußten jetzt die Gehilfen die Verschlechterungen hinnehmen. Die „Solidarität“, das Organ des Lebensmittelarbeiter-Verbandes, bemerkt ganz richtig dazu: Nicht durch Schimpfen erkämpft man sich eine bessere Zukunft, sondern durch einiges Handeln und Ausharren in der Organisation.“ Z.

Genossenschaftliches.

Vermögensstand und Entwicklung der „Volksfürsorge“.

Die Vermögenszunahme der „Volksfürsorge“ ist trotz des nun schon 19 Monate dauernden Krieges ganz normal verlaufen. Bis zum 26. Februar 1916 waren als Sicherung der Ansprüche der Versicherten im Prämienreservefonds zurückgelegt 2 863 950 Mk., davon in Hypotheken 2 213 919 Mk. und in Wertpapieren 650 000 Mk. Weiter sind fest angelegt in Wertpapieren 550 000 Mk., in Hypotheken 453 000 Mk., bei der Bank 219 965,30 Mk., in Kommunaldarlehen 50 000 Mk., dazu kommen in sonstigen Guthaben 282 522,74 Mk., so daß ein Gesamtvermögensstand von 4 419 438,04 Mk. festzustellen ist. — Das Neugeschäft der „Volksfürsorge“, das schon im Januar d. J. einen merklichen Aufschwung nahm, ist im Monat Februar noch besser geworden. Es waren im ganzen 1792 Anträge zu erledigen, gegen 1279 im Januar und gegen 880 im Durchschnitte der zwölf Monate des Jahres 1915.

Genossenschaftsproduktion in Großbritannien im Jahre 1914.

Die „Labour Gazette“ macht die alljährlich üblichen Mitteilungen über den Umfang der industriellen Genossenschaftsproduktion in Großbritannien und Irland. Demnach bestanden im Jahre 1914 1137 Genossenschaften, die sich mit der Herstellung (nichtlandwirtschaftlicher) Erzeugnisse befaßten. Es waren die 1000 Konsumgenossenschaften, 2 Großeinkaufsgesellschaften, 5 Mühlengenossenschaften, 38 Bäckereigenossenschaften (die beiden letztgenannten Arten werden gleichfalls von Konsumenten betrieben) und endlich 92 reine Produktivgenossenschaften, deren Anteile jedoch zum großen Teil in den Händen der organisierten Konsumenten sich befinden und die für den Bedarf der letzteren im wesentlichen arbeiten. Insgesamt wurden von diesen Genossenschaften 62 095 Personen bei der Warenherstellung beschäftigt, darunter 53,4 Prozent Männer, 29,3 Prozent Frauen und 17,3 Prozent Jugendliche. Der Wert der hergestellten Waren betrug im Vergleich mit dem Jahre 1914:

	1904 Mk.	1914 Mk.
Konsumgenossenschaften . . .	119 161 980	311 023 700
Großeinkaufsgesellschaften . .	110 303 220	252 162 020
Mühlengenossenschaften . . .	26 904 140	20 700 880
Bäckereigenossenschaften . . .	11 489 220	25 830 000
Produktivgenossenschaften . .	22 186 360	35 573 280
Gesamtsumme	290 044 920	645 298 880

Insgesamt hat sich also die Genossenschaftsproduktion in England in diesen zehn Jahren mehr als verdoppelt (um 121 Prozent). Die größte Zunahme weisen dabei die Konsumvereine mit 161 Prozent auf. Die Produktivabteilungen der beiden Großeinkaufsgesellschaften haben ihren Umsatz um 129 Prozent, die Bäckereigenossenschaften den ihren um 92 Prozent und die reinen Produktivgenossenschaften den ihren um 60 Prozent erhöht. Eine Abnahme, und zwar um 23 Prozent, zeigen die Mühlengenossenschaften, was jedoch hauptsächlich auf die Verschmelzung mehrerer von ihnen mit der englischen Großeinkaufsgesellschaft zurückzuführen ist.

Etwa zwei Drittel der gesamten Genossenschaftsproduktion, nämlich für 463 029 840 Mk., entfallen auf die Herstellung von Nahrungsmitteln und Tabakfabrikaten, Für 90 274 060 Mk. wurden Kleidungsgegenstände hergestellt, für 23 893 360 Mk. Seifen und Kerzen, für 21 393 800 Mk. Produkte der Textilindustrie, für 25 178 660 Mark Bau- und Steinbrucharbeiten, für 11 297 280 Mk. Buchdruckereierzeugnisse, für 4 806 520 Mk. Erzeugnisse des Maschinen- und Schiffbaues und endlich für 5 465 360 Mk. andere Produkte. Der bei dieser Genossenschaftsproduktion erzielte Gewinn beträgt unter Ausschluß des Gewinnes der Konsumvereine 11 936 180 Mk. Die Konsumvereine pflegen die Gewinne ihrer Produktivbetriebe mit denen aus ihren sonstigen Unternehmungen zusammen zu verrechnen.

Aus unserem Beruf.

Der Kampf gegen den Schund von Schuhwaren geht weiter, wobei die Fabrikantenpresse, die alles als gut und preiswert verteidigen muß, einen schweren Stand ha-